



PERSONALRÄTE

Klartext reden – Zukunft gestalten Personalratswahlen 2012



**GdP-Landesbezirksvorsitzender
Michael Purper**

Foto: MiLa

Vom 1. Oktober bis 15. Dezember 2012 finden im öffentlichen Dienst des Landes Berlin Personalratswahlen statt. Das Ziel der Gewerkschaft der Polizei ist es, diese Personalratswahlen in den Bereichen der Polizei, der Feuerwehr, des Landesamtes für Bürger- und Ordnungs-

angelegenheiten (LABO), der Bezirks- und Ordnungsämter mit unseren GdP-Personalräten für euch zu gewinnen.

Wichtig ist hierbei auch die Wahlbeteiligung. Um uns weiterhin gegen den Druck unserer Arbeitgeber, also der Politik, der heutzutage nie gekannte Ausmaße angenommen hat, wehren zu können, brauchen wir neben einer starken Gewerkschaft ebenfalls demokratisch gestärkte Personalräte.

„Ohne Rücksicht auf Verluste“ setzt sich der Senat mit seiner Politik über die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizei, der Feuerwehr, dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten sowie den Bezirks- und Ordnungsämtern hinweg.

Die Senatspolitik wird allein von Haushaltskürzungen bestimmt. Sachargumente zählen nicht mehr. Die Richtlinien der Politik bestimmt deshalb Finanzsenator Dr. Nußbaum mit Billigung des Regierenden Bürgermeisters.

Politischer Gestaltungswille und politische Gestaltungskraft sind nicht mehr erkennbar.

Prestigeobjekte, wie Kunsthalle und Milliardengräber, wie der Großflughafen, haben offensichtlich Vorrang vor angemessener Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wenn wir etwas verändern wollen, müssen alle handeln. Angemessene Dienstzeitmodelle, vertretbare Arbeitszeiten und gerechte Bezahlung fallen nicht vom Himmel.

Dazu gehören nicht nur starke Gewerkschaften, sondern auch starke Personalräte.

Deshalb gilt, wer bei den anstehenden Wahlen die Personalräte der Gewerkschaft der Polizei durch seine Stimmabgabe nicht unterstützt, der unterstützt diesen Senat. Ein Senat, der die Position der Personalräte gerne geschwächt sieht, um seine Ziele gegen die Bediensteten des öffentlichen Dienstes einfacher durchzusetzen.

Wir als Gewerkschaft setzen uns dafür ein, dass eure Einkommen erhöht und die Rahmenbedingungen mit der Politik ausgefochten werden. Eure GdP-Personalräte sorgen mit ihren Aktivitäten für Lösungen, um die täglichen Probleme im Dienst zu beseitigen.

Deshalb gebt eure Stimme 2012 euren GdP-Personalräten!

Klartext reden – Zukunft gestalten

Michael Purper
Landesbezirksvorsitzender

BESOLDUNG

Beamtenbesoldungsaktionen und Entwicklungen bei der Besoldung

Gesetz des Senats zur Anpassung der Besoldung und Versorgung auf dem Weg!

Zwei Prozent mehr ab 1. August 2012 und weitere zwei Prozent ab August 2013 für die Beamtinnen und Beamten und Pensionäre in Berlin sollen beschlossen werden.

Wer will sagen, ob dies gut oder schlecht ist: Richtig ist, dass diese Erhöhung den Kolleginnen und Kollegen für ihren unermüdlichen Einsatz für das Land Berlin nicht gerecht wird. Die Schere zu den anderen Bundesländern oder gar zum Bundesbeamten klappt immer

weiter auseinander. Eine Perspektive zur Angleichung an das Niveau der Besoldung aller anderen bis 2017 ist nicht erkennbar. Die verantwortlichen Politiker ziehen sich hinter den Berg der von ihnen

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

angehäuften Schulden zurück. Schuldenbremse, Prestigeobjekte und Großflughafen „BER-Dilemma“ werden genutzt, um den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes immer wieder in die Tasche zu greifen oder um zu erklären, warum ihre Besoldung nicht angemessen erhöht werden kann.

Haben hier die Gewerkschaften versagt, sind sie zum zahnlosen Tiger geworden, oder muss die Frage erlaubt sein: Was wäre eigentlich ohne die Gewerkschaften passiert, ohne ihre immer wieder in die Öffentlichkeit getragenen Aktionen und Proteste?

Wenn die Gewerkschaften etwas erreichen wollen, wenn sie Einfluss nehmen wollen und wenn sie wahrgenommen werden sollen, dann müssen sie, un-

terstützt durch ihre Mitglieder, auf die Straße gehen. Die Gewerkschaft der Polizei hat das getan. Früh, beginnend mit dem Wahlkampf zu den Abgeordnetenhauswahlen 2011, zeigten wir Präsenz.

Chronologie

Am 8. Februar 2010 fand die letzte Verhandlung zu den Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Berlin statt. Das sogenannte Eckpunktpapier regelte die weiteren Schritte zu einem Wechsel des Tarifsystems in Berlin hin zum Tarifvertrag der Länder TV-L. Die GdP wurde daraufhin aktiv und forderte den DGB als Spitzenorganisation für Beamtenfragen und Besoldung in Berlin auf, den Senat um die Aufnahme von Besoldungsverhandlungen zu bitten. Dieser Bitte kam Doro Zinke, die Bezirksvorsitzende des DGB, umgehend nach. Sie warnte dabei den Senat davor, das Thema Besoldung nicht ernst zu nehmen. Wenn der Senat die Motivation der Beamten erhalten und Nachwuchs gewinnen will, muss er sich bewegen. Am 11. März 2010 ergänzt der DGB seine Aussagen mit der Formulierung: „Wir fordern einen Stufenplan, um schrittweise das Niveau der Bundesbeamten zu erreichen. Wie sollen wir unseren Landesbeamten erklären, warum sie für die glei-

Schulter an Schulter, gemeinsam in der Sache für einen sicheren 1. Mai kämpfend, aber mit unterschiedlichen Stundenvergütungen nebeneinander.



Zur Auftaktveranstaltung am 27. März 2011 kamen bereits viele Kolleginnen und Kollegen, um für die Anpassung der Besoldung zu demonstrieren. Foto: Heidi Kulick

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die jeweils nächste Ausgabe müssen der Geschäftsstelle am 1. Arbeitstag des Vormonats vorliegen.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war am 6. 7. 2012.



DEUTSCHE POLIZEI

Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
 Internet: www.gdp-berlin.de
 E-Mail: GdP.Landesbezirk@gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
 Kurfürstenstr. 112/113
 10787 Berlin
 Telefon (0 30) 21 00 04-0
 Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
 Postbank Berlin
 Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
 SEBAG
 Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
 Michael Laube (Vi.S.d.P.)
 Handy-Nr. 0 15 25/4 10 17 51
 E-Mail: micha.laube@online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
 VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Forststraße 3 a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Postfach 14 52, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



Wo auch immer der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit war, wir waren mit unserem Besoldungsbanner auch da.

Foto: MiLa

che Arbeit in der gleichen Stadt zwischen sieben und 14 Prozent weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen beim Bund?“

Am 22. April 2010 hat die GdP den damaligen Innensenator Dr. Körting in einem Brief aufgefordert, vor dem 1. Mai ein Zeichen zu setzen, dass der Senat sie nicht völlig vergessen hat. Wieder standen am 1. Mai Kolleginnen und Kollegen

Der 1. Mai 2010 stand unter dem Motto „Gute Arbeit – Gerechter Lohn!“ – kommt jetzt Bewegung in die Besoldungsentwicklung? Am 5. Mai fand ein erstes Gespräch mit dem DGB und seinen öffentlichen Dienstgewerkschaften statt. Im Ergebnis teilte der Senator mit: „Ich gehe davon aus, dass ich am Dienstag, dem 11. Mai 2010 im Senat eine prozentuale Besoldungserhöhung für dieses und für das nächste Jahr durchsetzen möchte.“ Konkrete Zahlen lege er nicht auf den Tisch.

Am 11. Mai dann doch die Zahlen, nach dem Beschluss des Senats sollen die Beamtenbesoldungen ab dem 1. Oktober 2010 1,5 Prozent und ab dem 1. August 2011 um weitere zwei Prozent steigen. Dieser Beschluss der angekündigten prozentualen Steigerung konnte nicht akzeptiert werden. Er war zaghaft und mit dem 1. Oktober in seiner Wirkung für die Beschäftigten viel zu spät. Die GdP bezeichnete diesen Gestzentswurf als völlig unzureichend, da er der gesetzlichen Forderung der Anpassung an die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht im geringsten Rechnung trug. Im Ergebnis forderte die GdP deshalb die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker Berlins auf, den Gesetzentwurf im Sinne einer sozialen gerechten Lösung zu verändern. Unser beharrlicher Protest zeigte Wirkung. Der erste Erhöhungsschritt wurde nach heftiger Kritik der Gewerkschaften auf den 1. August 2010 vorgezogen.

Die gewerkschaftlichen Initiativen und die von uns initiierte Petition, rund



BESOLDUNG

1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sie an den Petitionsausschuss weitergeleitet, haben dazu geführt, dass die Besoldungserhöhung in diesem Jahr vorgezogen wurde.

Innerhalb der GdP reifte sehr schnell die Einsicht, solche Aktionen müssen zukünftig die gewerkschaftlichen Initiativen unterstützend begleiten, um den Politikern zu zeigen, dass wir ihre Entscheidungen nicht akzeptieren.

2011 das Wahljahr

Politiker reden, Politiker wollen gehört werden, Wahlkampfversprechen und Absichtserklärungen spielen eine große Rolle. Aber woher sollen die zur Wahl stehenden Politikerinnen und Politiker wissen, was denn das „gemeine Volk“ von ihnen erwartet. Was die Mitglieder der GdP erwarten, ist schnell formuliert. Sie erwarten die Angleichung ihrer Beamtenbesoldung an das Bundesniveau. Doch wie teile ich meine Anliegen zielorientiert mit, fragten sich die Mitglieder. Die Beamtenskommission der GdP hatte die Lösung. Wir besuchen einfach die Wahlkampfauftritte der Kandidatinnen und Kandidaten der Regierungsparteien. Es war klar, das können viele Termine werden, und wir wollten möglichst alle nutzen. Wir hatten daher festgelegt, mit bis zu 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diese Aktionsform durchzuführen. Ein halbes Jahr Wahlkampf ist schnell vorbei und danach, das war klar, wird der Vorhang wieder fallen. Der erste Besuch fand bei der Partei DIE LINKE am Sonntag, dem 27. März 2011 um 9 Uhr statt. Die Organisatoren waren von der großen Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer überrascht. Das Thema „Der Wahlkampf 2011 ist unser Kampf um bessere Beamtenegehälter und Pensionen, wir sind nicht die

Sparschweine der Nation!“ kam an, die Kolleginnen und Kollegen kämpften für ihre Sache. Der nächste Termin ließ dann nicht lange auf sich warten. Traditionell findet zum 1. Mai eines jeden Jahres der sogenannte Mai-Empfang des Regierenden Bürgermeisters im Roten Rathaus statt. Gewerkschaftsvertreter, Personalräte und Betriebsräte nehmen dort teil. Die GdP sorgte dafür, dass der Weg zur Veranstaltung von einem Spalier der GdP-Mitglieder gesäumt wurde, die wiederum auf die schlechte Besoldung aufmerksam machten. Die DGB-Vorsitzende hat sich in ihrem Redebeitrag sehr deutlich im Sinne der Betroffenen geäußert. Die GdP-Vertreter haben den Regierenden Bürgermeister aufgefordert, sein Wahlversprechen von 2006 einzuhalten. 2006 sprach er sich schriftlich der GdP gegenüber für eine Angleichung der Arbeitsbedingungen und der Besoldung bzw. Entlohnung der verschiedenen Gruppen in Berlin aus. Drei Tage später, während des 1. Mai-Aufzuges des DGB, mussten sich Klaus Wowereit und der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller erneut den bohrenden Fragen stellen. Immer wieder hörten sie die Botschaft: „Besoldungsverhandlungen jetzt und wir sind nicht die Sparschweine der Nation.“ Am 13. Mai 2011 ging es dann zum SPD-Parteitag, die Aktionen wurden spürbar und die verantwortlichen Politiker reagierten gereizter. Will diese GdP unseren schönen Wahlkampf kaputt machen? – nein, wir bieten nur eine Plattform für die Meinungsäußerung unserer Mitglieder.



An der Siegestsäule machten die Kolleginnen und Kollegen trotz des Straßenlärms lautstark auf ihre Probleme aufmerksam. Foto: MiLa

Deutschland bleiben wollen, wird wahrgenommen.

26. Mai 2011
Es gab die ersten positiven Reaktionen. So forderte der damalige innenpolitische Sprecher der CDU den Regierenden Bürgermeister auf: „Schaffen Sie eine Perspektive für die Angleichung von Tariflöhnen und Beamtenbesoldung.“

28. Mai 2011
Die GdP bildete eine Menschenkette um das Willy-Brandt-Haus in der Wilhelmstraße in Kreuzberg, dort tagte der SPD-Vorstand.

14. Juni 2011
Wir machten weiter. Eine SPD-Veranstaltung „Berliner Perspektiven – von Arbeit bis Zukunft“ diente dieses Mal als Aufhänger, mit unseren Fahnen und Transparenten nach Köpenick zu fahren.

21. Juni 2011
Die „Berliner Zeitung“ meldete, dass Finanzsenator Dr. Nußbaum im Haushaltsentwurf 2012 und 2013 Besoldungserhöhungen für Beamtinnen und Beamte eingeplant hat.

Der Landesbezirksvorsitzende Michael Purper kommentierte dies mit den Worten: „Eine gute Entwicklung. Unsere Proteste zeigen Wirkung.“

20. Mai 2011, zwei Termine innerhalb von zwei Stunden, erst an der Siegestsäule,



Am Brandenburger Tor kam es zwischen dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und dem GdP-Landesbezirksvorsitzenden Michael Purper zum spontanen Gespräch. Leider ohne Erfolg! Foto: MiLa

2. Juli 2011
Dieser vorerst letzte Termin fand auf dem Wittenbergplatz statt. Der Bundes-

Fortsetzung auf Seite 4



BESOLDUNG

Fortsetzung von Seite 3

vorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, und der Regierende Bürgermeister nahmen an diesem Sommerfest der SPD teil. Warum sollten wir also dort nicht erscheinen. Eine Abordnung der GdP nahm diese Aufgabe gerne wahr.

19. Juli 2011

In dem vom Senat verabschiedeten Haushaltsentwurf für 2012/2013 ist eine Erhöhung der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten in Berlin um zwei Prozent vorgesehen. Dies entspricht etwa dem Tarifergebnis für 2012. Damit war ein Teilziel, der von der GdP durchgeführten Beamtenaktionen, erreicht. Leider hatte der Senat die Chance vertan, gleich eine Perspektive zur weiteren Anpassung an den Bund im Haushaltsplan festzuschreiben. Die GdP wird hier nicht nachlassen und diese Perspektive weiter einfordern!

2012 – Klartext reden – Zukunft gestalten!

Unter diesem Motto wird die GdP auch in diesem Jahr nicht nachlassen, den Politikerinnen und Politikern zu verdeutlichen, dass wir noch eine Rechnung of-

fen haben. Wir werden intelligente Lösungen suchen und auch einfordern. Eine „neue“ Arbeitsgruppe „Besoldungsaktionen 2012“ unter der Betreuung der zuständigen GLBV-Mitglieder Detlef Herrmann und Arne Wabnitz wird sich mit Ideen und Vorschlägen für weitere zielführende Aktionen beschäftigen. Sie wird sie ausformulieren und bekannt machen. Dann werden wir alle aufgefordert sein, diese Aktionen mit Leben zu füllen, sie durch unsere Anwesenheit in ihrer Aussagekraft zu stärken.

Das klar zu formulierende Ziel muss sein: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ und das über die föderalen Schranken hinweg. Einkommensunterschiede von bis zu elf Prozent sind nicht hinnehmbar, wenn Kolleginnen und Kollegen im Einsatzgeschehen mit anderen Beamten aus unterschiedlichen Bundesländern und aus dem Bund gemeinsam für die Sicherheit der Bevölkerung zum Wohle unserer Politiker sorgen. Die GdP hat als Schritt zur Überbrückung dieses Missstandes jetzt den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit aufgefordert, die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten in Berlin, unter Weiterzahlung der jetzi-

gen Bezüge, auf 36,5 Wochenstunden zu senken. Dies würde die Einkommensunterschiede kompensieren, und wir könnten wenigstens davon ausgehen, dass die Stundenentgelte vergleichbar wären. Mit durchgeführten Erhöhungsschritten in der Besoldung hin zum Niveau des Bundes könnte dann die Arbeitszeit im entsprechenden Verhältnis wieder angehoben werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind nicht weltfremd, vielmehr glauben wir, dass nur mit solchen, vielleicht ungewöhnlichen Maßnahmen, die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Verwaltungen aufrecht erhalten werden kann. Welcher qualifizierte Bewerber kommt schon freiwillig nach Berlin, wenn er dort so eklatante Einkommenseinbußen hinnehmen muss. Politiker wacht endlich auf. Sparen, bis es quietscht, muss Geschichte sein, Arbeit muss sich endlich wieder lohnen. Risiken im Berufsleben müssen abgesichert sein. Beamtinnen und Beamte müssen amtsangemessen alimentiert werden und eine ihrem Amt entsprechende Lebensqualität halten können.

AKTIVITÄTEN

Juni 2012

- **Dienstag, den 5. 6. 2012**
- Interview TV Berlin zum Thema „Sicherheit von Fußballspielen durch die Berliner Polizei“
- **Mittwoch, den 6. 6. 2012**
- Interview Radio Service Berlin zur „Rockerkriminalität“
- **Donnerstag, den 7. 6. 2012**
- Interview rbb Radio 1 zur „Rockerkriminalität“

- Interview B. Z. zur Personalnot der Polizei und der Situation im ZOS
- **Dienstag, den 12. 6. 2012**
- Pressekonferenz zu den Themen: „Besoldung/Versorgung – Gewalt gegen Polizisten – Lesung ‚Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten‘ mit Peter Jamin“
- Interview N 24 – Übergriffe/Sicherheit im ÖPNV

- Teilnahme am Hoffest des Regierenden Bürgermeisters
- **Donnerstag, den 14. 6. 2012**
- Teilnahme am Hoffest des Personalrates ZSE
- **Freitag, den 15. 6. 2012**
- Teilnahme an der DGB-BV-Sitzung
- Teilnahme an der Verteidigung von neuen Mitarbeitern der Berliner Polizei
- **Montag, den 18. 6. 2012**
- Ausstrahlung des Interviews mit Deutschlandradio Kultur, Zeitfragen zum Thema „Vom Ordnungshüter zum Opfer? – Gewalt gegen Polizisten“
- **Donnerstag, den 21. 6. 2012**
- Gespräch mit Kollegen des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes der SPD-Landesfraktion Bayern
- **Freitag, den 22. 6. 2012**
- Interview rbb Abendschau – Lösen von Radmuttern an Fahrzeugen von Polizeikräften
- **Donnerstag, den 28. 6. 2012**
- Teilnahme am „parlamentarischen Abend“ der GdP Bund

Anzeige

**Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei
Mecklenburg-Vorpommern**

Reiselust ...

Keine Buchungsgebühren

Berlin Plus

Sie suchen sich Ihr Urlaubsziel aus den Katalogen von über 1.500 Veranstaltern aus So wird's gemacht:
 Faxen Sie Ihren Reisewunsch (Ziel, Dauer, EDV-Nr. pp.) an 0385-20841811.
 (Formular unter <http://www.policesservice-mv.de>)
 Für Rückfragen steht die Kollegin Jana Kleiner unter Tel.: 0385-20841817 zur Verfügung.
 Sie werden in kürzester Zeit über Ihre Buchung informiert.

Mitglieder erhalten 5% Zuschuss.

Polizeisozialwerk GmbH
 Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
 Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442 weitere interessante Angebote unter www.gdp-berlin.de





FRAUEN

Neues Mitglied im Fachausschuss (FA) Frauen: Nadja Bundukji-Huber

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
als neues Mitglied im Fachausschuss Frauen möchte ich mich Ihnen vorstellen. Mein Name ist Nadja Bundukji-Huber, ich wurde vor 49 Jahren in Hamburg geboren, bin Kriminalhauptkommissarin, glücklich getrennt lebende Mutter von zwei Jungs und einem Mädels. Da ich beruflich immer wieder neue Herausforderungen suche, wechselte ich in der Vergangenheit gerne meine Dienststellen, mit dem Ziel, mir einen möglichst großen Wissens- und Erfahrungsschatz anzueignen. Mein bisheriges Einsatzspektrum reicht von der Bekämpfung der Eigentums kriminalität in ihren unterschiedlichen Ausprägungen über Kfz-Delikte bis hin zur Prävention und Öffentlichkeitsarbeit. Mit anderen Worten: „... auch das dienstliche Leben ist bunt!“, jeder kann und sollte das Beste für sich und seine jeweilige Lebenssituation herausuchen.

... aus dem Nähkästchen geplaudert:
Als dreifache Mutter sind mir die damit verbundenen alltäglichen Doppel- und



Nadja Bundukji-Huber, Dir 2 VB II 3 – Kfz-Delikte, Tel.: 46 64-2 72 31

Mehrfachbelastungen meiner Mitstreiterinnen nur allzu vertraut. Zwei meiner Kinder sind bereits „flügge“, weshalb ich

wieder Zeit finde, mich Aufgaben zu widmen, die ich als sinnvoll und bereichernd erachte.

In diesem Zusammenhang bin ich auf den FA Frauen gestoßen, wo ich als Neuling sehr freundlich und offen aufgenommen wurde. Hier habe ich tolle, engagierte Kolleginnen kennengelernt, die mit Biss – jedoch keinesfalls verbissen – darauf bedacht sind, die beruflichen Rahmenbedingungen für uns Frauen innerhalb der Behörde zu optimieren.

In diesem Sinne freue ich mich schon sehr auf unsere nächsten Zusammenkünfte und verbleibe mit herzlichen Grüßen aus der Dir 2



VERANSTALTUNGEN

Hoffest des Personalrates der ZSE

Am 14. Juni 2012 fand auf dem Hof der Keibelstraße erstmalig ein vom Personalrat organisiertes Hoffest statt. Die Bezirksgruppe ZSE hatte ihre Unterstützung zugesagt. Da auch der Amtsleiter von der Idee begeistert war und die Hilfe durch die Dienststelle ermöglichte, war es ein gelungener Tag. Neben den Köstlichkeiten vom Grill mit entsprechenden Salaten wurden auch Softgetränke angeboten. Als kleine Leckereien Eis und Zuckerwatte. Neben guten Gesprächen in netter Atmosphäre fand das aufgestellte Glücksrad, die Torwand sowie der Nagelbalken großes Interesse bei den Kolleginnen und Kollegen. Der Wunsch nach einer Wiederholung wurde schon am Tag der Veranstaltung geäußert. Wir danken für die zahlreiche Unterstützung und haben das nächste Hoffest schon im Auge.

Bezirksgruppe ZSE



Das erste Hoffest des Personalrates ZSE – ein voller Erfolg

Foto: Michaela Hempel



SPD-Bayern zu Gast bei der GdP Berlin

Zu einem gegenseitigen Austausch in den Räumen der GdP-Geschäftsstelle Berlin begrüßte der stellvertretende Landesbezirksvorsitzende Detlef Herrmann und der amtierende Landeskassierer Arne Wabnitz am 21. 6. 2012 die Mitglieder des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes der SPD-Landtagsfraktion Bayern. Schwerpunkte waren die strukturellen Unterschiede unserer beiden Bundesländer, hier insbesondere die Laufbahnen und Besoldung unserer Beamten. Unverständnis rief bei der bayerischen Delegation hervor, dass die Berliner Bevölkerung die rapide Rücknahme der polizeilichen Präsenz durch die Berliner Landesregierung offenbar ohne nennenswerten Protest hinnehmen würde. Dies verwunderte umso mehr, weil sich die Sicherheitslage der Stadt stetig zu verschlechtern scheinete, was bereits außerhalb Berlins regelmäßig der Presse zu entnehmen sei. Wir berichteten unter anderem über den „Beförderungsbau“ im Polizeivollzug bei den Besoldungsgruppen A 8 und A 9. Die sich hieraus ergebenden dauerhaft schlechten Auf-



Von links: Detlef Herrmann, Herr Schuster (Vorsitzender des AK), Herr Prof. Dr. Ganze, Herr Zeidler, Frau Strachowitz, Arne Wabnitz

stiegs- und Beförderungschancen der Kolleginnen und Kollegen wurden seitens der Mitglieder des Arbeitskreises als bedenklich bzw. stark motivationsgefährdend eingestuft. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit müsse Politik einer sol-

chen Entwicklung schnellstens begegnen. Dieser Einschätzung konnten wir uns nur anschließen und werden sie in den künftigen Gesprächen mit unseren Regierungsvertretern nachhaltig vertreten.

Frühjahr – Sommer – Herbst – Winter, eine Reise ins Fichtelgebirge lohnt sich immer!



Für GdP-Mitglieder 10 % Ermäßigung auf Übernachtung mit Frühstück/Halbpension - Pension / Appartementhaus Zur Mühle – Vordorfermühle im Röslatal am Fuße des Schneeberges.
Vordorfermühle 2, 95709 Tröstau im Fichtelgebirge,
Tel.: 09232/2943
E-Mail: gasthof-zur-muehle@web.de
www.vordorfermuehle.de

Wichtiger Hinweis – bitte beachten!

Bei Anmeldung bitte Kennwort "Gewerkschaft der Polizei" angeben!

Nur bei Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises bekommen Sie die 10 %ige Ermäßigung beim Bezahlen.



UNTERSTÜTZUNG

v.-Hinckeldey-Stiftung Berlin und Volker-Reitz-Stiftung wieder aktiv

Am 29. 6. 2012 fand auf Einladung der Polizeivizepräsidentin Frau Koppers im kleinen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums eine Scheckübergabe statt.

Die Kollegin Ölscher wurde im Rahmen der Ausschreitungen anlässlich des 1. Mai 2012 von einer Flasche im Gesicht getroffen. Sie erlitt einen Schmerzschock und kam mit mehreren abgebrochenen Zähnen des Oberkiefers wieder zu sich. In der Klinik musste die durchgeschnittene

Oberlippe genäht, die verbliebenen Zahnstummel gezogen und die übrigen Zähne, deren Hälse gebrochen waren, geschient werden.

Auch die Kollegin Ildiko Ehlers wurde am 1. Mai 2012 verletzt. Mit einem geworfenen Gegenstand wurde sie an der rechten Seite ihres behelmten Kopfes getroffen. Dadurch verlor sie das Bewusstsein. Am Boden liegend verspürte sie Tritte am ganzen Körper, woraufhin sie

das Bewusstsein wiedererlangte. Sie hatte Koordinations- und Wahrnehmungsprobleme und Schwierigkeiten mit der Sehfähigkeit. Sie musste stationär in ein Krankenhaus aufgenommen werden.

Die Anwesenden waren sich darüber einig, dass man auch künftig nicht von einem friedfertigen 1. Mai sprechen kann, solange unsere Kolleginnen und Kollegen Opfer von sinnloser und blinder Gewalt geworden sind. Wir hoffen, dass die beiden Stiftungen mit ihren jeweiligen Zuwendungen dazu beitragen können, dass die Kolleginnen während eines Erholungsurlaubes das schreckliche Geschehen zumindest vorübergehend zurückstellen können.



Von links: Herr Ltd. RD a. D. Gerhard Simke, Vorstand der v.-Hinckeldey-Stiftung Berlin, Stephan Kelm, Bezirksgruppenvorsitzender Dir ZA, Herr Polizeipräsident a. D. Georg Schertz, Vorsitzender des Stiftungsrates der v.-Hinckeldey-Stiftung Berlin, Kollegin Ildiko Ehlers, Kollegin Anika Ölscher, Burkhard von Walsleben, Vorstandsvorsitzender der Volker-Reitz-Stiftung, Frau Margarete Koppers, Polizeivizepräsidentin
Foto: Petra Nickisch

Anzeige

Diplom-Psychologin Ranja El Saadani

Verhaltenstherapie,
EMDR, NLP, DBT,
Lebensberatung

Fühlen Sie sich unzufrieden? Kraftlos?
Ungerecht behandelt? Unter Druck?
Gehen Sie im Beruf oder privaten Alltag
über Ihre Grenzen?

Reagieren Sie auf Ihre innere
Unzufriedenheit mit Schlafstörungen?
Antriebs- und Konzentrations-
störungen? Übermäßigem Alkohol-
oder Tablettenkonsum? Zu viel oder
zu wenig Essen? Erbrechen?
Einer Sinn- oder Lebenskrise?
Übermäßiger Arbeit? Angst? Grübeln?

Wollen Sie etwas verändern?

Sie können es!

Mit meiner professionellen und
einfühlsamen Unterstützung können
Sie Ihre Ziele erreichen!

Pariser Str. 54
10719 Berlin-Wilmersdorf
Tel.: 0 30/20 61 56 39

E-Mail: info@ranja-elsaadani.de
www.ranja-elsaadani.de

Helpen Sie uns durch Ihre Spende, damit wir anderen helfen können!

Die Volker-Reitz-Stiftung zu Berlin hat es sich zur Aufgabe gemacht, die sozialen Belange in der Polizei, im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, in den Ordnungs- und Bürgerämtern der Bezirke sowie in der Berliner Feuerwehr zu verbessern. Beispielsweise durch die Gewährung von Beihilfen für Kolleginnen und Kollegen oder durch die Unterstützung von Hinterbliebenen bei sozialen und persönlichen Notlagen.

Schon eine kleine Spende hilft, um viel zu bewegen!

**Konto: SEB AG Kto.-Nr.: 1375889300,
BLZ 100 101 11**

Wir möchten darauf hinweisen, dass sich nach dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, die Höchstgrenze für den Spendenabzug auf einheitlich 20% erhöht hat.



Bundesverfassungsgericht sieht rückwirkende Änderung des § 14 a BeamtVG als verfassungskonform an

Mit seiner Entscheidung vom 2. Mai 2012 unter dem Geschäftszeichen 2 BvL 5/10 hat das Bundesverfassungsgericht beschlossen, dass Artikel 17 Absatz 1 des Gesetzes zur Neuordnung und Modernisierung des Bundesdienstrechts (Dienstrechtsneuordnungsgesetz – DneuG) vom 5. Februar 2009 mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Dies wird auch die länderspezifischen Regelungen erfassen, die nahezu deckungsgleich durch die Landesgesetzgeber erlassen worden sind. Damit ist ein jahrelanger Rechtsstreit über die Berechnung der vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltssatzes gemäß § 14 a BeamtVG weitgehend beendet. Die Entscheidung ist leider negativ ausgefallen, sodass wir nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge in den noch anhängigen Verfahren keine Erfolgsaussichten mehr sehen können. Es bleibt allerdings festzuhalten, dass die Gewerkschaft der Polizei in dieser Frage alle Instanzen ausgereizt hat, um die Interessenlage der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu berücksichtigen und durchzusetzen. Immerhin waren der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Gewerkschaft der Polizei durch das Bundesverfassungsgericht aufgefordert worden, zum Vorlagenbeschluss des Bundesverwaltungsgerichtes, welches die rückwirkende Änderung des § 14 a BeamtVG für verfassungswidrig hielt, Stellung zu nehmen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist jedoch zu akzeptieren.

Das Bundesverfassungsgericht räumt selbst ein, dass das Tatbestandsmerkmal „nach den sonstigen Vorschriften berechneter Ruhegehaltssatz“ in § 14 a Absatz 1 BeamtVG a. F. unterschiedlich ausgelegt werden konnte. Die Verwaltung sowie die Instanzenrechtsprechungen und ein Teil der Literatur ging zunächst davon aus, dass damit nur der auf der Grundlage der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit berechnete (erdiente) Ruhegehaltssatz gemeint sei. Das Bundesverwaltungsgericht gelangte allerdings zu der Überzeugung, dass es sich auch bei dem Mindestruhegehaltssatz nach § 14 Absatz 4 Satz 1 BeamtVG auch um einen „berechneten“ Ruhegehaltssatz im Sinne des § 14 a Absatz 1 BeamtVG handelt. Da, so das Bundesverfassungsgericht, nichts dafür spricht, dass eine der beiden Auslegungsalternativen etwa wegen

Überschreitung der Grenzen richterlicher Rechtsfindung auszuschließen gewesen wäre, hat, so das Bundesverfassungsgericht, der Gesetzgeber mit der Neuregelung eine Streitfrage abweichend von der höchstrichterlichen Rechtsprechung in einem bestimmten Sinne und damit konstitutiv entschieden. Insoweit ist Artikel 17 Absatz 1 Dienstrechtsneuordnungsgesetz bzw. die entsprechende die Berliner Landesregelung im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Grenzen rückwirkender Gesetzgebung nicht zu beanstanden.

Was bedeutet die Entscheidung im Konkreten für die anhängigen Fälle? Es wird nicht lange dauern, bis die Verwaltungsgerichte die Kläger in den noch laufenden Verfahren auffordern, sich im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu positionieren. Im Regelfall wird das Gericht damit verbunden die Anregung aussprechen, die Klage zurückzunehmen. Dieses entsprechende Schreiben, das wir in jedem Fall erwarten, werden wir dann den betroffenen Klägerinnen und Klägern zur Verfügung stellen und den Klägern empfehlen, eine Beratung in Anspruch zu nehmen. Im Rahmen dieser Beratung werden wir nochmals etwas ausführlicher die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes erläutern und eine Empfehlung für das Verfahren aussprechen. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wird diese Empfehlung im Regelfall die sein, die Klage zurückzunehmen. Wir halten es aber für angeraten, den entsprechenden Kollegen auch aufgrund der Dauer und Kompliziertheit des Streitgegenstandes, immerhin hat ein oberstes Bundesgericht, nämlich das Bundesverwaltungsgericht, die Verfassungskonformität der rückwirkenden Gesetzesänderung bezweifelt, die Kollegen, die den Klageweg beschritten haben, nochmals zu beraten und aufzuklären. Für den Einzelnen bleibt es also dabei, dass zunächst nichts selbst zu veranlassen ist. Wir werden, sobald die entsprechenden Schreiben des Gerichts bei uns eingehen, diese an die Klägerinnen und Kläger weiterleiten verbunden mit dem Angebot, die Beratung (Dienstag u. Donnerstag 17 bis 19 Uhr in der Rechtsabteilung der GdP) in Anspruch zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Tetzner

KOLLEGEN DANKEN

Ich war im Rahmen der Abschnittshundertschaft am 13. 8. an der Bösebrücke eingesetzt. Dort wurde bei einer Versammlung ein Teilnehmer geschlagen und verletzt. Ein Zeuge wollte mich hierbei beobachtet und auch erkannt haben. Da ich in Linie mit meinen Kollegen vor den Demonstranten gestanden und ich diese nicht verlassen habe, konnte ich aus tatsächlichen Gegebenheiten den Demonstranten nicht verletzt haben. Das LKA verließ sich nur auf die Aussage des Zeugen, ohne meine Kollegen anzuhören. Deren Namen waren bereits im Ermittlungsverfahren benannt. Der Zeuge behauptete noch in der mündlichen Verhandlung steif und fest, mich als den Schläger zu erkennen. Erst auf Veranlassung meines Verteidigers wurden die Kollegen, die seinerzeit neben mir gestanden haben, vernommen und damit Widersprüche in der Aussage des Zeugen aufgezeigt. Dies hätte auch schon früher geschehen können, wenn meine Kollegen bereits im Ermittlungsverfahren gehört worden wären. Möglicherweise hätte man bereits in diesem Stadium nicht einmal Anklage gegen mich erhoben. Auf diesem Weg möchte ich mich deshalb für die Gewährung gewerkschaftlichen Rechtsschutzes und bei Herrn Rechtsanwalt Woelke für seine engagierte Vertretung meiner Interessen vor Gericht bedanken.

Gut, dass es die Gewerkschaft der Polizei gibt!

Ingo Palm

Tauschpartner/ -in gesucht

PKin in Bremen würde gerne nach Berlin wechseln und sucht eine/einen Tauschpartnerin/Tauschpartner.

Kontakt:
nadine.bremen@googlemail.com
Nadine Träbert



AG BILDUNG

Wahlvorstandsschulung 2012

In diesem Jahr finden Personalratswahlen im Land Berlin statt. Neben den örtlichen Personalräten werden gleichzeitig auch der Gesamtpersonalrat der Berliner Polizei und der Hauptpersonalrat des Landes Berlin gewählt. Um diese Wahlen durchzuführen, werden Wahlvorstände bestellt, deren Aufgabe es ist, faire und demokratische Wahlen, so wie es die Wahlordnung zum Personalvertretungsgesetz Berlin vorsieht, zu organisieren und abzuhalten.

Aus diesem Grunde wurden 15 Kolleginnen und Kollegen der Berliner Polizei und des LABO, die in naher Zukunft das Amt des Vorsitzenden eines Wahlvorstandes bekleiden, durch Mitglieder der AG Bildung des Landesbezirks Berlin, im GdP Seminarhotel „Markgraf“, in der Nähe des Kloster Lehnin, beschult.

Schwerpunkte an den drei Seminartagen Anfang Juni waren die Wahlordnung, geltende Rechtsprechung und organisatorische Maßnahmen für den Wahlablauf. Aufgrund der gesunden Mischung von „Alten Hasen“ und



Die Kolleginnen und Kollegen wurden für die Durchführung der im Oktober beginnenden Personalratswahlen fit gemacht.

Foto: MiLa

„Neuanfängern“ wurden viele Diskussionen rund um die Wahlen geführt, Problematiken erkannt und Lösungen gefunden.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass das Seminar eine große Hilfe zur Bewäl-

tigung der bevorstehenden „außergewöhnlichen“ Aufgabe war.

Wir hoffen auf ein gutes Gelingen und eine hohe Wahlbeteiligung zu den Personalratswahlen 2012 in Berlin.

Jan Landmann

Aktuelle GdP-Beiträge seit 1. Juli 2012

Besoldungsgruppe	Vergütungsgruppe / EG	Lohngruppe	Beitragsgruppe EDV	Beamte (1. 9. 2012)*	Angestellte & Arbeiter (1. 7. 2012)*	Pensionäre (1. 9. 2012)*	Rentner (1. 7. 2012)*	Hinterbliebene (Pensionäre) (1. 9. 2012)*	Hinterbliebene (Rentner) (1. 7. 2012)*
Sonderbeitrag			22	5,00	5,00	3,50	3,63	2,00	2,07
Anwärter mittl./geh. Dienst			27	6,87	-	-	-	-	-
Mindestbeitrag			30	7,37	7,92	5,16	5,28	2,96	3,03
A 1	2		31	8,86	9,31	6,20	6,26	3,55	3,59
A 2	2Ü		32	9,57	10,03	6,69	6,77	3,83	3,87
A 3	3		33	10,14	10,60	7,10	7,17	4,06	4,10
A 4	4		34	10,42	10,89	7,29	7,39	4,17	4,22
A 5	5		35	10,77	11,24	7,54	7,62	4,30	4,35
A 6	6 / 7		36	11,12	11,60	7,78	7,88	4,45	4,50
A 7	8		37	11,87	12,35	8,31	8,41	4,75	4,81
A 8			38	12,33	12,82	8,63	8,74	4,93	4,99
A 9	9		39	13,66	14,15	9,56	9,67	5,46	5,53
A 9AZ	10		40	14,40	14,91	10,09	10,21	5,76	5,83
A 10	11		41	14,92	15,43	10,44	10,57	5,97	6,04
A 11	12		42	17,18	17,71	12,02	12,17	6,86	6,95
A 12	13		43	18,60	19,16	13,03	13,18	7,45	7,53
A 13	14		44	20,92	21,49	14,65	14,82	8,36	8,46
A 14	15		45	21,55	22,13	15,09	15,28	8,62	8,72
A 15	15Ü		46	24,19	24,05	16,94	17,15	9,68	9,79
A 16			47	26,80	-	18,76	-	10,72	-
B 2-B 4			48	30,88	-	21,61	-	12,35	-
B 5-B 7			49	35,09	-	24,56	-	14,04	-

* = Datum der letzten Beitragsanpassung

Sonderbeitrag für

- Büro- und Verwaltungsauszubildende
- in Pflegeheimen untergebrachte Mitglieder
- arbeitslose Mitglieder

Teilzeitbeschäftigte zahlen arbeitszeitanteiligen Beitrag



35 Jahre Seniorengruppe Zentrale Aufgaben (ZA) 55 Jahre Seniorenarbeit im Landesbezirk Berlin 25 Jahre Bundessenorenarbeit



Unsere Senioren

Fotos: Klaus Kulick

Am 25. Mai feierte die Seniorengruppe Zentrale Aufgaben ihr 35-jähriges Bestehen. Gleichzeitig feierte sie das Jubiläum 55 Jahre Seniorenarbeit in Berlin und 25 Jahre Bundessenorenarbeit.

Zahlreiche Ehrengäste aus dem Seniorenbereich des DGB, aus dem Landesbezirksvorstand, sowie dem Landessenorenvorstand waren erschienen, um dieses Jubiläum mit uns gemeinsam zu begehen.

Der Kollege Dieter Schiller begrüßte unsere Gäste in einer historischen Polizeiuniform.

In einem kurzen Rückblick ließ der Seniorengruppenvorsitzende Klaus Kulick die Seniorenarbeit Revue passieren. Er erinnerte an alle Gründungsmitglieder, die sich am 25. Mai 1977 erstmals in der Kantine in der Kuno-Fischer-Straße bei Mutter Grün trafen:

Rudolf Oelfert, PReit/WSP, 1. Vorsitzender unserer Seniorengruppe, Wilhelm Lass, Fritz Neustedt, Willi Koethke, Gerhard Ast, Alfred Brieskorn, Bruno Borkowski, alle WSP, Otto Müller, mit Ehefrau, der Vorreiter für unser heutiges Motto, die Frauen gehören dazu, Erich Reschke, Reinhold Hartmann und Otto Prieb, alle Vkd.

Auch alle bisherigen Vorsitzenden wurden namentlich erwähnt:

Rudolf Oelfert, Heinz Becker, Johannes Pfeiffer und Horst Faesser, dem einzigen noch Lebenden der Genannten.

Leider gibt es derartige Fakten in den wenigsten Seniorengruppen, da in den Anfängen der Seniorenarbeit niemand daran dachte, dass die Bedeutung und Lebenserwartung der

Terminen lassen diesen Schluss zu, sind aber nicht belegbar, sodass wir die Gründung der Pensionärsgruppe Charlottenburg am 12. Februar 1957 als das einzige gesicherte Datum hinsichtlich des Beginns der Seniorenarbeit in Berlin betrachten. Im gleichen Jahr beschloss der Landesdelegiertentag eine Kommission für Pensionäre, den heutigen Landessenorenvorstand, zu bilden.

Damit war Berlin Vorreiter für unsere heutige Seniorenarbeit. In keinem anderen Landesbezirk lässt sich die Seniorenarbeit soweit zurückverfolgen.

Erst 30 Jahre später wurde auf Beschluss des Bundeskongresses 1986 die Bundessenorengruppe gebildet. Die

Bundessenorengruppe konnte Anfang Mai dieses Jahres ihr 25-jähriges Bestehen feiern.

Der Seniorenanteil im Bund beträgt 18% und in Berlin 24% und steigt ständig.

Dazu hat erheblich das „Aktivprogramm für Senioren“ beigetragen, das durch Berlin initiiert wurde. Die Berliner Senioren sind an allen größeren seniorenpolitischen Aktivitäten auch jetzt beteiligt.

Im Einzelnen stellte Klaus Kulick die Senio-



Der Landessenorenvorsitzende als Erster bei einer Probefahrt

art steigen könnte. Die Seniorengruppen Dir 1, 3 und 5 finden ihre Ursprünge in den bereits 1957 bestehenden Pensionärsgruppen, so hießen sie damals, Polizeiinspektionen Wedding, Charlottenburg und Neukölln. Es ist möglich, dass die Gruppen Wedding und Neukölln schon früher bestanden. Die Veröffentlichung von



Großes Interesse fanden die Angebote der Aussteller



Sommerfest 2012 der Bezirksgruppe LKA

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Berlin

renarbeit auf Bundes- und Landesebene in Kurzform dar.

Auch diesmal hatte der Seniorenvorstand eine Mischung aus Information und Feiern zusammengestellt. Ein Dutzend Aussteller informierten zu seniorenerlevanten Themen, wobei die meisten die Möglichkeit zu einer Fahrt mit dem Elektrobike nutzten.

Unser Dank gilt allen Ausstellern sowie dem PSW und der PSD Bank für ihre finanzielle Unterstützung der Veranstaltung

Auf Fotoseiten konnte man sich fast alle ehemaligen und aktuellen Teilnehmer/-innen (fast 200 Bilder) an den Seniorenaktivitäten der Seniorengruppe ZA in Erinnerung bringen.

Leider, wie immer in solchen Fällen, vergeht die Zeit viel zu schnell. Aber in **fünf Jahren feiern wir wieder!**

Klaus Kulick



Ihr seid alle herzlichst zu unserem Sommerfest eingeladen!

Wir wollen bei Musik, Speis und Trank eine gemütliche Zeit miteinander verbringen und viel Spaß haben!

Wann? Donnerstag, den 23. August 2012, 15:30 Uhr

Wo? Direktion 4, „Ponderosa“

Bitte gebt uns telefonisch oder per E-Mail Bescheid, mit wie vielen Kolleginnen und Kollegen ihr kommen werdet! Wir freuen uns auf eure Teilnahme.

Euer Bezirksgruppenvorstand

Robert Hobrecht, Vorsitzender, 4664-909 700
Monika Münch Vorsitzende (V), 4664-909 703
Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
E-Mail: PersRat.LKA@polizei.berlin.de



NACHRUF

Kurt Paetzold, 63 Jahre
Bezirksgruppe Dir 1
Claudia Henseleit, 43 Jahre
Bezirksgruppe Dir 2
Lieselotte Gerwig, 85 Jahre
Bezirksgruppe Dir 3
Alfred Gierke, 90 Jahre
Herbert Strauß, 90 Jahre
Vera Feuer, 87 Jahre
Bezirksgruppe Dir 4
Bianka Fietz, 63 Jahre
Hans-Jörg Richter, 70 Jahre
Bernd Krüger, 65 Jahre
Bezirksgruppe LKA

Anzeige

INNOVA
Kompetenz durch
Marken und Service

Innova ist einer der größten Anbieter von Elektrogeräten,
Multimedialprodukten und Küchen.
www.innova24.de

Die Innova-Club-Karte erhalten GdP-Mitglieder gegen
Vorlage des Mitgliedsausweises für **5 € (statt 39,99 €)**

5 €
für GdP-Mitglieder

10% Grundrabatt auf „fast“ alle bei INNOVA erworbenen Artikel!
(ausgenommen mit * versehene Waren und Reisen)*
Individualrabatte – verhandelbar (Bitte fragen Sie Ihren Verkäufer)*
10 Tage Rückgaberecht auf sämtliche Waren (originalverpackt)*
Bis zu 5 1/2 Jahren Teil-Garantie!
Lukrative Rabatte bei Partnerunternehmen u.v.m.*
Energiesparclubs*
Lobenslango Gültigkeit!
Exklusiver Onlineshop*
Exklusive Vorteile täglich neu online!
Exklusiver Newsletter ausschließlich für Clubkunden / limitierte Angebote*
Exklusiver Veranstaltungskalender online*

* Details siehe Clubunterlagen

Berlin-Buckow Johannisthaler Chaussee 300, 12351 Berlin
Berlin-Charlottenburg Heerstraße 1, 14052 Berlin
Berlin-Hellersdorf Fritz-Lang-Str. 2, 12627 Berlin
Berlin-Mariendorf Mariendorfer Damm 16-18, 12109 Berlin
Berlin-Mitte Rathhausstraße 5, 10178 Berlin
Berlin-Neukölln Karl-Marx-Straße 69, 12043 Berlin
Berlin-Pankow Neumannstraße 13, 13189 Berlin
Berlin-Prenzlauer Berg Schönhauser Allee 120, 10437 Berlin
Berlin-Spandau Fichelsdorfer Straße 97, 13595 Berlin
Berlin-Steglitz Schloßstraße 1, 12163 Berlin
Im Tegel-Center Gorkistraße 11-21, 13507 Berlin

Polizei-sozialwerk GmbH - Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin - Tel.: 21 000 441 - Fax: 21 000 442
weitere interessante Angebote unter: www.gdp-berlin.de



Bezirksgruppen

Dir 5

Am 6. 9. 2012 um 15.30 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbellinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Aufgrund der Sommerpause ist im August keine Bezirksgruppensitzung geplant.

Am 10. 8. 2012 um 18 Uhr findet unser jährliches Sommerfest beim SC Fraternitas, Wendenschloßstr. 378, 12557 Berlin statt. Anmeldung über die Bezirksgruppe erforderlich.

Senioren

Dir 3

Die Senioren der Bezirksgruppe City machen Urlaub.

In den Monaten Juli und August 2012 finden keine Treffen statt.

Das nächste Treffen, nach der Sommerpause, findet am

Dienstag, dem 4. September 2012, um 16 Uhr, im Lokal „FRABEA“, Afrikanische Str. 90/Otawistr. 1, 13351 Berlin, statt (Buslinie: 221 – Haltestelle Otawistraße).

Dir 4

Am 8. 8. 2012 um 16 Uhr im Restaurant Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Str. 55, 12247 Berlin.

Dir 5

Am 6. 9. 2012 um 14 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbellinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Im August findet aufgrund der Sommerpause keine Seniorensitzung statt.

LKA

Am Dienstag, dem 7. 8. 2012 um 15 Uhr, findet unsere Versammlung im

„Gasthaus Koch“ in 12103 Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 68/Ecke Friedrich-Franz-Str., statt.

Am Dienstag, dem 21. 8. 2012, 10 Uhr, treffen sich die bereits angemeldeten Teilnehmer am Fehrbelliner Platz/Ecke Barstr. zur Tagesfahrt mit dem Bus zum Ziegeleipark Mildenberg. Wir werden dort nach Ankunft im Restaurant „Alter Hafen“ zu Mittag essen und anschließend eine einstündige Rundfahrt mit der Ziegeleibahn unternehmen und dabei Erläuterungen vom Gästeführer erhalten. Anschließend werden wir an einer Führung durch einen Ringofen teilnehmen. Das Schiff „Zehdenix“ wird uns danach vom Museumshafen Mildenberg flussabwärts nach Zehdenick bringen. Auf dem Schiff werden wir mit Kaffee und Kuchen versorgt. Von Zehdenick aus geht es dann wieder mit dem Reisebus heimwärts. Der Unkostenbeitrag incl. Essen beläuft sich auf ca. 45,00 €.

Vorankündigung:

Dienstag, den 4. 9. 2012, 15 Uhr, Versammlung im „Gasthaus Koch“ – Die Aufgaben vom WEISSEN RING – Kollege Detlef Fritz berichtet.

Dienstag, den 18. 9. 2012, 10.30 Uhr – Führung durch das S-Bahn-Museum am S-Bahnhof Griebnitzsee, Unkostenbeitrag: 4,50 € – Begrenzte Teilnehmerzahl, daher Anmeldung erforderlich!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel. 01525-6103527 (gdp-phone) oder Martin Hoffmann, Tel. 030-61293775

LABO

Im Monat August findet keine Sitzung statt.

Zu allen Treffen sind interessierte Mitglieder, Ehe- und Lebenspartner herzlich eingeladen und willkommen.

Jubiläen

25 Jahre

Dirk Ciesielski, Carsten Dietrich, Olaf Erdmann, Claudia Griffi, Barbara Köllmer, Markus Opitz, Mark Rehmer, Michael Wegner

40 Jahre

Dirk Ciesielski, Carsten Dietrich, Olaf Erdmann, Claudia Griffi, Barbara Köllmer, Markus Opitz, Mark Rehmer, Michael Wegner

50 Jahre

Wolf-Dieter Goy, Heinz Krumrey, Horst Loeffelmeier, Gisela Matschke, Gerhard Scholtz, Klaus Strese, Horst Welzel, Herta Wodrich

60 Jahre

Anneliese Endesfelder, Harry Grünwald, Dorothea Hohdorf, Georg Hübner, Harry Lorke, Heinz Pieritz, Fredi Steinbach

Geburtstage

80 Jahre

Gerd Kabbe, Direktion 2, Gerhard Steinbock, Direktion 4

85 Jahre

Heinz Mailahn, Direktion 3, Heinz Judel, Gerhard Melitz, Direktion 5, Kurt Zeggel, Zentrale Service Einheit

90 Jahre

Werner Glitscher, Direktion 1, Werner Kallies, Direktion 3, Ingrid Heinze, Elfriede Mucha, Horst Renz, Elfriede Thees, Direktion 4, Margot Lehmann, LKA

91 Jahre

Kaethe Goerlich, Direktion 1, Heinrich Langkusch, Direktion 4, Traute Kluge, Direktion Zentrale Aufgaben, Magdalene Karbe, Zentrale Service Einheit

92 Jahre

Margot Klux, Direktion 5, Johann Przondzion, Hans Rietz, Zentrale Service Einheit

95 Jahre

Gerhard Gottwald, Direktion 5

96 Jahre

Horst Platz, Direktion 5

101 Jahre

Herta Wodrich, Zentrale Service Einheit

Anzeige

MEDIRENTA

CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 25 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030-605 1001**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

